

# Denkwürdigkeiten



Journal der  
Politisch-  
Militärischen  
Gesellschaft

Nr. 26  
März  
2006

Herausgegeben vom Vorstand  
der Politisch-Militärischen Gesell-  
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

## LEADOFF

### Liebe Mitglieder,

Strategischer Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und scheiternde Staatsautorität in zahlreichen Regionen der Welt erfordern ein Umdenken in der Sicherheitspolitik. Dies verdeutlichen alle Beiträge dieser Ausgabe der Denkwürdigkeiten.

Militärische und zivile Führungskräfte brauchen daher ein umfassenderes Verständnis darüber, wie ihre Zusammenarbeit zur gesamtgesellschaftlichen Daseinsvorsorge, zum Schutz strategisch vitaler materieller und personeller Infrastruktur verbessert werden kann. Zentrale Bedeutung kommt dabei - wie bei der Transformation der Bundeswehr - der Vernetzung relevanter Fähigkeiten zu, um im Bedarfsfall effektives Handeln jenseits traditioneller, linearer Verantwortungsstränge zu ermöglichen.

Die Empfehlungen des von Dr. Föhrenbachs vorgestellten Studienprojekt unterstreichen dies nachdrücklich.

*Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg*

### *In dieser Ausgabe*

#### **1 Transforming Homeland Security: U.S. and European Approaches**

von Dr. Gerd Föhrenbach

#### **5 Organisierte Kriminalität in Südosteuropa: Fakten und Gegenstrategien**

von Major Johann Schmid

#### **7 Doppeladler am Oxus: Tadschikistan und Moskaus Zentralasienstrategie**

von *atlanticus*

## THEMEN

### **Transforming Homeland Security: U.S. and European Approaches**

Eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik muss nicht mehr nur auf die Verteidigung staatlichen Territoriums abzielen, sondern auf den Schutz der Gesellschaften selbst. Gesellschaftliche Daseinsvorsorge, Landesverteidigung und der Schutz des für Europa und Nordamerika lebenswichtigen transatlantischen Verbunds erfordern eine neue Dimension der Zusammenarbeit von militärischen und zivilen Organisationen - nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, sondern auch über deren Grenzen hinweg.

Die *Politisch-Militärische Gesellschaft* (pmg) e.V. hat in Zusammenarbeit mit dem Center for Transatlantic Relations der Johns Hopkins Universität in Washington, DC und dem Danish Institute for International Studies in Kopenhagen eine Strategiegruppe zum Thema "*The Transformational Challenge of Homeland Security: Networking Civilian and Military Assets*" eingerichtet. Ziel des Projekts war, militärischen und zivilen Führungskräften ein umfassenderes Verständnis darüber zu vermitteln, wie ihre Zusammenarbeit zur gesamtgesellschaftlichen Daseinsvorsorge und zum Schutz strategisch vitaler Infrastruktur verbessert werden kann. Durch die Diskussion europäischer und amerikanischer Sichtweisen im Hinblick auf die Themen Transformation und Homeland Security sowie deren Auswirkungen auf NATO und EU wurden Beiträge zur Lösung bestehender Schwierigkeiten und zur Bewältigung zukünftiger Herausforderungen erarbeitet.

Das Projekt fügt sich ein in die Serie hochrangiger sicherheitspolitischer Veranstaltungen der pmg mit amerikanischen Partnern, die regelmäßig ausgewählte Experten aus Deutschland und den USA zusammenführen und seit 1999 einen wesentlichen Bestandteil des deutsch-amerikanischen Sicherheitsdia-

logs bilden. Wie in der Vergangenheit dient das Projekt dazu, Beiträge für den Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozess in Berlin und Washington zu leisten.

Zu den ständigen Mitgliedern der Strategiegruppe gehörten:

- *Dr. Sandra Bell*, Director, Homeland Security & Resilience Department, Royal United Services Institute, London;
- *Dr. Heiko Borchert*, Dr. Heiko Borchert & Co. Consulting & Research, Luzern;
- *Prof. Yves Boyer*, Directeur adjoint, Fondation pour la Recherche Stratégique, Paris;
- *Dr. Esther Brimmer*, Deputy Director, Center for Transatlantic Relations, Johns Hopkins University, Washington;
- *Dr. Anja Dalgaard-Nielsen*, Senior Fellow, Danish Institute for International Studies, Kopenhagen;
- *Neil Fisher*, Director, Business Development and Security Solutions, QinetiQ, London;
- *Dr. Gerd Föhrenbach*, Stv. Leiter Querschnittsbereich Recht/Politik, Zentrum für Transformation der Bundeswehr, Waldbröl;
- *Brigadier Gustav Gustenau*, Ständiger Vertreter des Beauftragten für Strategische Studien, Bundesministerium für Landesverteidigung, Wien;
- *Prof. Dr. Daniel Hamilton*, Director, Center for Transatlantic Relations, Johns Hopkins University, Washington;
- *Dr. Lawrence Korb*, Senior Fellow, Center for American Progress, ehem. Assistant Secretary of Defense, Washington;
- *Dr. Gustav Lindstrom*, Senior Research Fellow, EU Institute for Security Studies, Paris;
- *Dame Pauline Neville-Jones*, Chairman, Information Assurance Advisory Council, ehem. Political Director, For-

eign and Commonwealth Office, London.

An den beiden Konferenzen der Strategiegruppe in Berlin und Washington nahmen ferner eine Reihe von hochrangigen Fachleuten des Ministerialbereichs und der Wissenschaft aus der "strategic community" des jeweiligen Tagungsortes teil. Der Sammelband mit den Beiträgen der ständigen Mitglieder wurde der deutschen (Fach-) Öffentlichkeit am 31.01.2006 in Berlin vorgestellt. Eckart von Klaeden, MdB, Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, sprach bei der Buchpräsentation, die in Zusammenarbeit mit der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik erfolgte, die Einführung.

Die wesentlichen Inhalte des Bandes im Überblick:

#### **Transformation von Homeland Security**

Hamilton unterbreitet eine Road Map mit Handlungsvorschlägen für die nationale, europäische und transatlantische Politik (s. unten Empfehlungen). Ferner analysiert Hamilton die Gründe für die bisher unzureichende transatlantische Zusammenarbeit bei Homeland Security. Dazu gehört die u.a. Tendenz der Amerikaner, den Kampf gegen den Terrorismus als eine Frage von Krieg und Frieden und als den Schwerpunkt von Homeland Security zu betrachten, wogegen die Europäer den Fokus eher bei den Themen Strafverfolgung und Zivilschutz sehen. Hinzu kommen US-Bestrebungen, die Staatsgrenze gewissermaßen nach "außen" zu verschieben, um gefährliche Güter oder Personen bereits vor Erreichen des eigenen Territoriums abzufangen.

#### **Verzahn von Homeland Security und Transformation**

Borchert unterstreicht die Notwendigkeit, die Themen Homeland Security und Transformation zusammenzuführen. Homeland Security benötigt in Anbetracht der sicherheitspolitischen Risiken, der möglichen Einsätze und der Vielfalt der Akteure einen umfas-

senden konzeptionellen Rahmen. Diesen bietet das Konzept der Transformation, welches zur Steigerung der Effektivität von Streitkräften entwickelt wurde. Den vier zentralen Bausteinen der militärischen Transformation fällt ebenfalls eine Schlüsselrolle im Bereich Homeland Security zu: wirkungsbasierte Operationen, vernetzte Operationsführung, Konzeptentwicklung und deren experimentelle Überprüfung (CDE) und das Gemeinsame Rollenorientierte Einsatzgebild (GREL).

#### **Strategie**

Brimmer untersucht die Rolle, die Homeland Security für die Sicherheit der USA und der transatlantischen Gemeinschaft spielt. Sie argumentiert, dass Homeland Security heute lediglich ein Teilbereich der "gesellschaftlichen Sicherheit" sein kann. Gesellschaftliche Sicherheit ist durch ein fragiles Netzwerk von Werten, Verbindungen und Infrastruktur gekennzeichnet. Homeland Security muss zum Schutz dieses Netzwerkes beitragen und darf es nicht unterminieren. Die Kooperation mit "Partnerstaaten" mag von taktischem Nutzen sein, aber nur die Zusammenarbeit mit "verbündeten Staaten", die den westlichen Wertekanon teilen, kann gesellschaftliche Sicherheit nachhaltig fördern.

#### **Risikoperzeptionen**

Föhrenbach analysiert die divergierenden Risikoperzeptionen auf beiden Seiten des Atlantik und die damit verbundenen Herausforderungen. Er zeigt, dass sich die Europäer insgesamt sehr viel weniger durch Terrorismus oder Atomwaffen bedroht fühlen als die Amerikaner. Allerdings gestalten sich die Risikoperzeptionen unter den einzelnen EU-Mitgliedern unterschiedlich, und Sicherheitsprobleme des einen Landes werden längst nicht immer von dessen Nachbarn geteilt. Dies könnte die Solidarität in der Union gefährden und auch zu einer "strategischen Spaltung" der transatlantischen Sicherheitspartnerschaft führen.

### Homeland Security in der EU und Österreich

Gustenau setzt sich mit den institutionellen und rechtlichen Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer einheitlicheren europäischen Homeland Security-Politik auseinander. Gleichwohl sind auf EU-Ebene eine Vielzahl von Programmen und Initiativen verabschiedet worden. Vor dem Hintergrund des festgefahrenen EU-Verfassungsprozesses konzentriert sich die österreichische EU-Präsidentschaft auf praktikable Maßnahmen. Dieser pragmatische Ansatz ist auch Ausdruck eines erst in Ansätzen vorhandenen Interesses der politischen Elite Österreichs an einer Reform des Sicherheitssektors in der Alpenrepublik.

### USA und Homeland Security

Korb fordert ein Umdenken in der amerikanischen Sicherheitspolitik. Die Bush-Regierung sollte den Schwerpunkt nicht länger bei den offensiven Aspekten der nationalen Sicherheit sehen, sondern dem Thema Homeland Security deutlich mehr Gewicht beimessen. Seit dem 11. September 2001 ist die US-Heimatschutz-Politik nur schleppend vorangekommen, insbesondere wegen der Fixierung der Administration auf Irak. Korb schlägt einen dreigleisigen Ansatz aus Maßnahmen zur Prävention neuer Anschläge, zum Schutz kritischer Infrastruktur und zur Verbesserung der Einsatz-/Rettungskräfte vor.

### Zivil-militärische Zusammenarbeit in Dänemark

Dalgaard-Nielsen analysiert die Erfahrungen, die in Dänemark auf dem Gebiet der zivil-militärischen Zusammenarbeit gemacht wurden. Sie betont dabei die Bedeutung, die dem Aufbau aufgabengerechter Strukturen zukommt (z.B. eindeutige Verantwortlichkeiten, Informationsaustausch und gemeinsame Planungsprozesse). Ebenso wichtig ist jedoch die Herausbildung einer "Kultur der Zusammenarbeit" unter den zivilen und militärischen Akteuren. Diese wird insbesondere durch gemeinsame Ausbildung und das Abhalten von Übungen gefördert.

### Sicherheit und Bürgerrechte

Lindstrom befasst sich mit den Maßnahmen, welche die EU im Bereich Homeland Security ergriffen hat, und der Diskussion über deren Auswirkungen auf die Bürgerrechte. Die Union weist der individuellen Freiheit eine zentrale Stellung zu ("Vier Freiheiten", Schengen), aber die sicherheitspolitische Entwicklung hat insbesondere auf den Gebieten private Kommunikation (Aufbewahrung von Telekommunikations-Verbindungsnachweisen) und Auslandsreiseverkehr (Austausch von Passagierflugdaten) zu Änderungsvorschlägen bzw. neuen Regelungen geführt. Es ist davon auszugehen, dass zukünftig Gruppen von EU-Mitgliedern wie die G5-Staaten Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Großbritannien ihre Sicherheitskooperation weiter vertiefen werden.

### Kritische Infrastruktur

Bell zeigt, welche komplexe Herausforderung der Schutz kritischer Infrastruktur darstellt angesichts des Geflechts gegenseitiger Abhängigkeiten zwischen öffentlicher Hand und privater Wirtschaft, die zu einem großen Teil für den Betrieb und den Unterhalt der kritischen Infrastruktur verantwortlich ist. Hilfsmittel wie historische und Zukunftsanalyse sowie Modellbildung und Simulation können zum Problemverständnis beitragen. Eine umfassende Verwundbarkeitsanalyse stößt jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, die im dafür prinzipiell erforderlichen Informationsaustausch zwischen öffentlicher Hand und Wirtschaft begründet sind (u.a. Gefahr möglicher Informationsnutzung durch Wettbewerber). Der Benzinstreik in GBR im Jahr 2000 machte deutlich, wie einzelne, punktuelle Aktionen schnell weitreichende, nationale Auswirkungen haben können.

### Nachrichtendienste

Boyer untersucht die Zusammenarbeit der Geheimdienste. Er weist auf eine Unterscheidung zwischen "Widerstandsterrorismus" (etwa in Form des Kampfes gegen ein totalitäres Regime) und "Hassterrorismus" (einzelne

Gruppen und Netzwerke ohne kohärente politische Agenda). Nur bei Letzterem besteht international Übereinstimmung, dass dieser beseitigt werden muss. Nachrichtendienstliche Kooperation vollzieht sich vor allem im nationalen sowie im europäisch-transatlantischen Bereich. Auf weltweiter Ebene spielen zunehmend Kontakte im bi- und multilateralen Format eine Rolle. Allerdings unterliegen alle Formen der Zusammenarbeit einer Vielzahl von politischen, strukturellen und rechtlichen Einflussfaktoren.

### Wirtschaft

Neville-Jones und Fisher befassen sich mit dem Zusammenspiel von Politik und Wirtschaft. Privatisierungen, Outsourcing und Globalisierung haben den Handlungsspielraum der öffentlichen Hand insgesamt und auch gegenüber der Wirtschaft eingeschränkt. Die gemeinsame Hauptaufgabe beider Seiten liegt heute darin, die Verbindungen ("connectivity") in der vernetzten Gesellschaft zu schützen. Die Regierungsseite setzt dabei gegenüber der Wirtschaft gelegentlich auf gesetzgeberischen Zwang, zumeist jedoch auf Kooperation. Die der staatlichen Politik zugrunde liegenden Bedrohungsanalysen und Sicherheitsstrategien müssen allerdings transparenter und Wirtschaft wie Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. In den Führungsetagen der Wirtschaft wird Sicherheitsaspekten zunehmend Beachtung geschenkt, wenngleich der Fokus häufig zu eng gewählt und nur auf eigene Unternehmensbelange ausgerichtet ist.

### Empfehlungen

Zusammenfassend kommen die Autoren u.a. zu folgenden Empfehlungen:

- *Netzwerke muss man mit einem Netzwerk bekämpfen* Al-Qaida und andere Terrorgruppen sind Netzwerke. Ihre Ziele sind ebenfalls Netzwerke, nämlich die komplexen, interdependenten und verwundbaren Verbindungen und Systeme, welche die Grundlage freier Gesellschaften bilden. Traditionelle Re-

gierungstätigkeit und Allianzmechanismen werden den neuen Herausforderungen aber nicht gerecht. Anstatt auf staatliche Akteure und hierarchische Handlungsstränge fixiert zu sein, muss der gesamte Regierungsapparat netzwerkzentrierte Ansätze übernehmen, wie sie bei den Streitkräften und in der Wirtschaft seit Jahren gängig sind.

- *Streitkräfte sind Teil des gesellschaftlichen Fähigkeitspektrums*

Früher wurde die Gesellschaft mobilisiert, um das Militär bei einem Angriff zu unterstützen. Heutzutage muss es umgekehrt sein: Die Streitkräfte sind ein Teil derjenigen Kräfte, mit denen ein Gemeinwesen auf Angriffe reagiert. Natürlich berücksichtigt ein transformatorisches Verständnis von Homeland Security, dass militärische Bedrohungen nur eine Facette des Bedrohungsspektrums darstellen. Aber die Streitkräfte müssen darauf vorbereitet sein, in jedem Fall Bestandteil einer umfassenden nationalen Antwort auf sicherheitspolitische Herausforderungen zu sein.

- *Kultur der Zusammenarbeit fördern*

Es ist wichtig, angemessene Strukturen für die Zusammenarbeit innerhalb der öffentlichen Hand und mit anderen Teilen der Gesellschaft zu finden. Darüber hinaus bedarf es jedoch auch einer Kultur der Zusammenarbeit zwischen den teilweise höchst unterschiedlichen Behörden und Organisationen. Einzubeziehen ist ebenfalls die Wirtschaft, in deren Besitz sich wesentliche Teile der kritischen Infrastruktur befinden. Der Erfolg eines Gemeinsamen Rollenorientierten Einsatzlagebildes (GREL) steht und fällt mit der Kooperation zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft.

- *Nicht das Schützenswerte zerstören*

Gesellschaftliche Sicherheit umfasst auch diejenigen Werte, die ein Gemeinwesen zusammenhalten. Homeland Security darf die Wesensmerkmale demokratischer Gesellschaften nicht beschädigen. Wenn der Kampf gegen den Terrorismus nicht mehr als legitim angesehen wird, wird er vermutlich nicht erfolgreich sein. Amerika und Europa können von den beiderseitigen Erfahrungen mit Verfahren und Mechanismen, die sowohl die Sicherheit als auch die Bürgerrechte schützen wie etwa Gesetze mit Verfallsdatum ("sunset clauses"), lernen.

- *Transformation von Homeland Security*

- Auf nationaler Ebene sind eine Vielzahl von Maßnahmen erforderlich. Die Empfehlungen für die USA reichen von der Stärkung des FBI über die Einrichtung von Homeland Security

ty Operations Centers im ganzen Land bis zur umfangreicheren Bevorratung von Impfstoffen. In Europa bleibt die Verantwortung letzten Endes bei den einzelnen EU-Mitgliedstaaten, aber der "Mehrwert" der Union kann unter anderem bei Koordination und Harmonisierung liegen. EU-Initiativen könnten verstärkte nachrichtendienstliche Zusammenarbeit, die Bildung nationaler zivilmilitärischer Homeland Security-Einheiten oder auch das Voranschreiten interessierter EU-Staaten bei der Homeland Security-Politik im Sinne der "variablen Geometrie" anregen.

- Bei der Zusammenarbeit zwischen den USA und der EU muss berücksichtigt werden, dass sich die Kompetenzen der Union bei Homeland Security erst in der Entwicklungsphase befinden. Gegenseitige Information bei Vorhaben, die beide Seiten betreffen,

### *Transforming Homeland Security: U.S. and European Approaches*

Defending societies and providing for homeland security make new demands on national security structures. How should countries organize their civilian and military assets to meet the challenges? What are the roles of the private sector or the place of intelligence operations? How can these security measures be crafted consistent with our ideals and political cultures?

In this book, European and American experts analyze efforts to manage civilian-military relationships in the field of homeland security on both sides of the Atlantic. Chapter authors discuss possible roles for armed forces in supporting homeland security; elicit lessons to be learned from ongoing transformation programs for homeland security; and outline possible joint action to overcome shortfalls and to improve the interplay between military and civilian capabilities commensurate with the new security risks. The book presents a joint road map for immediate and long-term policy action at national, European and transatlantic levels.

This volume results from collaboration among the Center for Transatlantic Relations at the Johns Hopkins University's Paul H. Nitze School of Advanced International Studies, the Politisch-Militärische Gesellschaft (PMG), and the Danish Institute for International Studies (DIIS).

Bibliographic citation:

Brimmer, Esther, editor. *Transforming Homeland Security: U.S. and European Approaches* (Washington, D.C.: Center for Transatlantic Relations, 2006).

ISBN: 0-9766434-4-8

ist zwecks Vermeidung von Friktionen hilfreich. Der US-EU Policy Dialogue on Border and Transport Security könnte durch einen transatlantischen Homeland Security-Dialog ergänzt werden. Ferner sollten Europäer und Amerikaner enger beim Vorantreiben von Sicherheitsreformen in Drittländern zusammenarbeiten.

- Die NATO muss sich viel intensiver dem Thema Homeland Security widmen. Die zivile Notfallplanung der Allianz sollten nicht mehr hauptsächlich auf Naturkatastrophen ausgerichtet sein, sondern auch Angriffe auf das NATO-Gebiet, etwa mit Massenvernichtungswaffen, berücksichtigen. Verstärkt werden müssen u.a. Maßnahmen für den Schutz kritischer Infrastruktur, die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten wie Russland und die Nutzung der Expertise von Staaten mit Erfahrungen im Bereich der umfassenden Sicherheitsvorsorge.
- Die transatlantische Dimension von Homeland Security könnte ein lohnendes Betätigungsfeld für die Partnerschaft für den Frieden (PfP) und den Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) darstellen. Nach den Allianz-Erweiterungen sind in der PfP Länder wie Finnland, Irland, Österreich, Schweden und die Schweiz neben einigen zentralasiatischen Staaten vertreten. Insbesondere die früher blockfreien Länder haben erhebliche Erfahrungen bei der umfassenden Sicherheitsvorsorge, und gerade in Zentralasien kommen Sicherheitsreformen und der Prävention gegen Bedrohungen mit Massenvernichtungswaffen wesentliche Bedeutung zu.

Das Projekt des Center for Transatlantic Relations in Zusammenarbeit mit der *Politisch-*

*Militärischen Gesellschaft* unterstreicht den großen Stellenwert, welcher der Transformation des Sicherheitssektors im Allgemeinen und der verstärkten transatlantischen Zusammenarbeit bei Homeland Security im Besonderen zukommt. Die pmg wird dieses wichtige, zukunftssträchtige Feld der deutschen Sicherheitspolitik auch weiterhin mit Studienprojekten unter Beteiligung von renommierten internationalen Fachleuten begleiten.

*Dr. Gerd Föhrenbach, Waldbröl*

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

## THEMEN

### Organisierte Kriminalität in Südosteuropa: Fakten und Gegenstrategien

Internationale Expertentagung, Berlin, 21.10.2005

#### Hintergrund:

Am 21. Oktober 2005 veranstalteten die Südosteuropagesellschaft (SOG) und die Deutsche Welle in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) eine internationale Expertentagung zur "Organisierten Kriminalität in Südosteuropa". Die Tagung steht im Rahmen eines Konferenzprojekts, das die SOG derzeit unter dem Titel "Der Westliche Balkan: Politische Ordnung, wirtschaftliche Stabilität und internationales Engagement" durchführt. Ziel ist es dabei, strategische Empfehlungen für die politischen Akteure in Deutschland, in den internationalen Organisationen und auf dem Westlichen Balkan zu erarbeiten, um damit die schwachen staatlichen Strukturen zu überwinden, wirtschaftliche Stabilität zu erreichen und die Übernahme von Eigenverantwortung in der Region zu fördern. Mit Blick auf die Organisierte Kriminalität soll dabei ein grenzüberschreitender Aspekt betrachtet werden, der auch für die EU-Integrationsperspektiven

des Westlichen Balkan von großer Bedeutung ist.

Die ca. 100 Teilnehmer setzten sich u.a. zusammen aus Experten der internationalen Organisationen, Mitgliedern des Bundestages, des Diplomatischen Corps, Repräsentanten der Zivilgesellschaft von Wissenschaft, Unternehmen und Medien, sowie Experten aus der Balkanregion.

#### Ausgangsüberlegungen:

Südosteuropa gilt insbesondere seit den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien als *Krisenregion*. Doch es sind nicht nur nationalistische oder ethnische Kräfte, sondern vor allem *kriminelle Netzwerke* und *korrupte Eliten*, die den Aufbau rechtsstaatlicher und marktwirtschaftlicher Strukturen blockieren. Politik, Polizei und Justizwesen tun sich schwer, die Organisierte Kriminalität (OK) zu "bekämpfen". Wirtschaftliche und soziale Probleme treiben Menschen nicht selten in die Arme von Kriminellen. Hinzu kommt das für alle offensichtliche Wohlstandsgefälle gegenüber der Europäischen Union.

Organisierte Verbrecherbanden arbeiten wie *große Konzerne*. Sie streuen ihre Aktivitäten über verschiedene Tätigkeitsfelder und pflegen Verbindungen zu Gruppierungen *unterschiedlichster ethnischer Zugehörigkeit*. Banden aus Albanien und dem ehemaligen Jugoslawien können miteinander aber auch mit Banden aus dem Nahen Osten oder der Türkei Hand in Hand arbeiten. Die *geographische Lage* macht den Balkan zur natürlichen *Dreh-scheibe der Organisierten Kriminalität* ("Flugzeugträger der OK").

Die Staaten Südosteuropas hoffen auf einen raschen EU-Beitritt. Doch stellt sich die Frage, welche Risiken eine *EU-Erweiterung* mit Blick auf die Organisierte Kriminalität birgt. Das Szenario grenzenloser Reisefreiheit für Waffenschlepper, Drogen- und Menschenhändler ist beängstigend. Andererseits ist zu fragen, ob eine mögliche EU-Erweiterung zu einer Verbesserung der Bekämpfung und Prävention der grenz-

überschreitenden Kriminalität beitragen könnte.

### **Bewertung: Das balkanesische Kriminalitätsdilemma:**

Die Organisierte Kriminalität, insbesondere Wirtschaftskriminalität stellt für die Staaten des Westlichen Balkan nicht nur eines unter verschiedenen Problemen dar. Nach der Beendigung der offen ausgetragenen ethnischen Konflikte der 90er Jahre wurde die Wirtschaftskriminalität zur **zentralen Herausforderung**, weil sie den Wiederaufbau und die Stabilisierung der Staaten auf dem Balkan nachhaltig verhindert. Neben den bekannten Betätigungsfeldern der OK wie Drogenhandel oder Menschenschmuggel geschieht dies insbesondere durch Geldwäsche, Korruption und Amtsmissbrauch. Machenschaften der Organisierten Kriminalität wurden dabei in der Vergangenheit nicht selten als ethnische Konflikte fehlinterpretiert.

Die gegenwärtige Situation auf dem Balkan bietet bestimmten Gruppierungen gute Möglichkeiten für "lukrative" Geschäfte. Außerdem verschafft sie diesen Gruppen einen sozialen Status, den diese in funktionierenden Gesellschaften kaum erlangen könnten. Dies erklärt, warum es insbesondere im Kosovo aber auch in Mazedonien und Albanien sehr einflussreiche "Interessengruppen" gibt, die an einer Änderung des gegenwärtigen Zustandes keinerlei Interesse haben. Durch ihr hohes "**Störpotential**" sind sie in der Lage, jeglichen Fortschritt, der nicht in ihrem Sinne ist, zunichte zu machen. Es gilt daher zu erkennen, dass die Konfliktursachen auf dem Balkan, sowie die Schwierigkeit an den bestehenden sozialen, wirtschaftlichen und politischen Umständen nachhaltige Verbesserungen herbeizuführen, heute nicht mehr primär ethnisch-national oder gar religiös, sondern in erster Linie mit kriminellen Motiven zu begründen sind. Die größte Gefahr für Mazedonien, Albanien und das Kosovo besteht heute darin zu sog. "Mafia-Staaten" zu werden, sofern dies nicht schon längst geschehen ist.

Die Organisierte Kriminalität stellt für die Staaten des Westlichen Balkan eine besondere Form der **asymmetrischen Herausforderung** dar. Sie organisiert sich dabei nach dem Vorbild großer Konzerne international und in verschiedenen "Tätigkeitsfeldern". Multiethnizität funktioniert auf dem Balkan nirgendwo besser als hier. Die Strukturen sind überwiegend hierarchisch-autoritär, mitunter aber auch netzwerkartig-informell. Zu Politik und Gesellschaft besteht i.d.R. ein symbiotisches Verhältnis mit fließenden, schwer durchschaubaren Übergängen. Gewinne aus der OK werden in die legale Wirtschaft, meist im Ausland, reinvestiert. Gewalt und Einschüchterung, auch gegenüber Polizei und Justiz, sind gängige Methoden der Interessendurchsetzung.

Die wichtigste Ressource für die OK auf dem Balkan ist die **Abwesenheit des Staates**. Der Staat und seine Institutionen sind auf dem Balkan keine anerkannte moralische Instanz, der man zugestehen würde, zwischen Gut und Böse zu richten. Die Polizei ist eine Firma wie jede andere auch; ohne besonderen moralischen Wert. Korruption und Amtsmissbrauch sind an der Tagesordnung und werden in der Gesellschaft allenfalls als Kavaliersdelikte betrachtet.

Das **Dilemma** für die Staaten des Westlichen Balkan aus dieser Situation herauszukommen besteht darin, **dass nicht die OK in die staatlichen Strukturen eingedrungen ist, sondern dass sie unmittelbar von diesen ausgeht**. Die diversen Sicherheitsdienste sind heute die größten Unsicherheitsfaktoren für eine positive Entwicklung von Wirtschaft und Politik auf dem Westlichen Balkan. Der Sicherheitsapparat war in der Vergangenheit in erster Linie auf den Machterhalt der jeweiligen Führungsspitze ausgerichtet und hat diese Einstellung nicht zuletzt auf Grund personeller Kontinuität bis heute nicht geändert. Eine Verantwortung für Rechtsstaatlichkeit und Demokratie oder gar der Dienst zum Wohle des Bürgers ist ihm fremd.

Daher wäre eine erfolgreiche **Reform der Sicherheitssektoren** (SSR) entscheidende Voraussetzung für die nachhaltige Zurückdrängung der OK in den einzelnen Staaten und Regionen des Westlichen Balkan. Sie würde damit zum "**strategischen Schlüssel**" für eine positive Weiterentwicklung und Umgestaltung der ganzen Region. Ziel muss hierbei in erster Linie eine **demokratisch/parlamentarische Kontrolle** der Sicherheitsapparate und der staatlichen Machtstrukturen sein.

Allein die **Umsetzung** gestaltet sich schwierig bis unmöglich, da diejenigen, die zu reformieren wären, daran gar kein Interesse haben und noch dazu ein hohes Maß an Verhinderungs- und Störpotential besitzen. Radikallösungen, wie die Auflösung und Neuaufstellung bestimmter Organe, sind damit kaum realisierbar, zumal ein dafür geeignete Zeitpunkt längst passe ist. Somit bleibt lediglich die Möglichkeit in einem langwierigen und zähen Prozess, über eine Kombination aus innerem und äußerem Druck/Anreiz zu schrittweisen Verbesserungen zu kommen. Eine entscheidende Rolle würde dabei der Zivilgesellschaft vor Ort, insbesondere den Medien zufallen. So könnte eine Kombination aus Druck der Öffentlichkeit und Druck/Anreiz (EU-Perspektive) von außen auf lange Sicht zu einer positiven Entwicklung beitragen.

Die Auseinandersetzung mit der OK darf dabei nicht primär auf der materiellen sondern muss insbesondere auch auf der **geistig/moralischen Ebene** gesucht und geführt werden. Für einen langfristigen Erfolg kommt es darauf an, der OK die **Legitimität** vor der eigenen Öffentlichkeit und damit das benötigte "Umfeld" in dem sie wachsen und gedeihen kann, zu entziehen. Dies erfordert den Wandel von Einstellungen und Mentalitäten und wird daher zu einer Generationenaufgabe. Als kleine Signale für ein Agieren in diesem Sinne können u.a. der investigative Journalismus oder moralische Angriffe auf die OK über Websides im Internet genannt werden.

Die Tendenz zur **Privatisierung bzw. Entstaatlichung von Gewalt** ist ein aktuelles, weltweit zu beobachtendes Phänomen, welches für die weitere Entwicklung auf dem Balkan von besonderer Bedeutung ist. Obwohl private Gewalt dort seit jeher eine große Rolle gespielt hat, verstärkte sich dieses Phänomen im Zuge der Balkankriege deutlich und findet heute seinen Ausdruck im wachsenden Einfluss privater Sicherheitsdienste. Ohne gebührende Berücksichtigung dieses Phänomens, welches der Umkehrung eines 400 Jahre dauernden Trends zur Verwirklichung des staatlichen Gewaltmonopols gleichkommt, wird eine SSR auf dem Westlichen Balkan nicht erfolgreich sein können.

#### Schlussfolgerungen:

Der Westliche Balkan befindet sich derzeit im **Umbruch**. Hinsichtlich einer positiven Gestaltung der aktuellen Transformationsprozesse benötigen die Staaten dieser Region eine **Begleitung und Unterstützung durch Europa** auf allen Ebenen, nicht zuletzt als Voraussetzung für eine langfristige Heranführung an die EU.

**SSR**, als "**strategischer Schlüssel**" zur Zurückdrängung der OK und damit als Voraussetzung für eine positive Gestaltung der gesamten Balkanregion, darf sich nicht auf deklaratorische Maßnahmen beschränken, sondern erfordert eine klare **Operationalisierung** und praktische Umsetzung. Ein ganzheitliches, ressortübergreifendes und international abgestimmtes Vorgehen sollte hierbei zum Grundsatz werden.

Die Beseitigung mafiöser Strukturen und innerer den Aufbauprozess der Region behindernder Faktoren und Interessengruppen auf dem Westlichen Balkan kann nicht allein von außen geleistet werden. Ein "Mehr" an internationaler Hilfe ist hierbei nicht zielführend, solange nicht von innen **gesellschaftliche und politische Kräfte** erwachsen, die diesen Prozess nachhaltig auch gegen Widerstände in den eigenen Reihen unterstützen. Solche zivil-

gesellschaftlichen Kräfte sind gezielt zu fördern.

Um den Zivilgesellschaften in der Region Auftrieb und Motivation zu geben, gibt es keinen stärkeren Impuls als eine wie auch immer geartete **EU-Perspektive**. Inwiefern die Staaten der EU angesichts der derzeitigen Erweiterungsmüdigkeit und der mit einer Aufnahme instabiler Staaten verbundenen Risiken dazu bereit sind, ist eine entscheidende aber auf absehbare Zeit nicht zu beantwortende Frage. Daher gilt es frühzeitig alternative Anreize zu schaffen.

Internationale **Finanz-, Wirtschafts- und Wiederaufbauhilfe** muss als aktives Steuerungsmittel genutzt und direkt an das "Wohlverhalten" und den Reformeifer entsprechender Akteure gekoppelt werden. Hierbei ist Transparenz und Kontrolle über die Mittelverwendung sicherzustellen. Bei Fehlverhalten oder Missbrauch ist sofort und deutlich zu reagieren.

Die **Privatisierung bzw. Entstaatlichung von Gewalt** muss als aktuelles Phänomen von steigender Bedeutung im internationalen Geschehen - besonders auf dem Balkan - erkannt werden und erfordert gerade von Seiten DEU eine deutlich stärkere Beachtung. Nur bei angemessener Berücksichtigung dieses Faktors kann SSR auf dem Westlichen Balkan langfristig erfolgreich sein.

Auf dem Balkan gibt es **keine "schnellen Lösungen"**! Da die meisten Probleme den Wandel von Einstellungen und Mentalitäten erfordern, ist hier in den Zeitkategorien von Generationen zu denken. Damit wird internationale Präsenz und entsprechendes Engagement noch für lange Zeit erforderlich sein. Auch eine Regelung der aktuell drängendsten Fragen der Region (u.a. Status des Kosovo) wird an dieser Tatsache nichts ändern.

*Major Johann Schmid, Berlin*

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Verfassers wieder.

## THEMEN

### Doppeladler am Oxus: Tadschikistan und Moskaus Zentralasienstrategie

Am tadschikischen Ufer des Grenzflusses Pjandsch, den die Antike als Oxus kannte, steht unweit der Fährstelle nach Afghanistan eine frisch renovierte Grenzmarkierung aus dem späten 19. Jahrhundert. Sie wird gekrönt vom Doppeladler, dem Hoheitszeichen der Zaren und der Russischen Föderation.

Das geschichtsträchtige Monument erinnert nicht nur an ein untergegangenes eurasisches Großreich. Es weist auch darauf hin, dass Moskau in großen Zeiträumen denkt. In Zentralasien verfolgt die russische Führung eine kluge, langfristig ausgerichtete Politik, die ökonomische, militärische und kulturelle Instrumente wirksam einsetzt und zweckentsprechend nutzt.

Vorläufiger Höhepunkt dieser kohärenten Regionalstrategie war am 11. November 2005 die Unterzeichnung eines umfassenden bilateralen Bündnisabkommens mit Usbekistan. Doch lassen die Beziehungen Moskaus zur benachbarten Republik Tadschikistan Motive und Handlungsfelder russischer Politik noch deutlicher erkennen.

#### Strategische Positionen

Vom 16. bis zum 18. Oktober 2004 besuchte Präsident Putin die tadschikische Hauptstadt Duschanbe. Seine Visite und die Unterzeichnung 14 bilateraler Abkommen markierten eine qualitative Veränderung der ohnehin engen Beziehung Tadschikistans zur Russischen Föderation.

Das wichtigste Abkommen betraf die Übergabe der bisher von russischen Kräften gesicherten Grenze zu Afghanistan an die tadschikische Regierung, die schrittweise bis 2006 erfolgen sollte. Im selben Zeitraum waren

feste Einrichtungen und bewegliches Gerät von russischen an tadschikische Grenzeinheiten zu übergeben. Tatsächlich aber erfolgte die Übergabe des letzten Grenzabschnittes an die tadschikischen Behörden bereits Ende Juni 2005.

Erste Erfahrungen lassen erkennen, dass trotz kompetenter Leitung des staatlichen Komitees für Grenzschutz die tadschikischen Kräfte allein nicht in der Lage sind, die Grenze zum nordafghanischen Drogenanbaugesbiet zu sichern und den Heroinschmuggel zu unterbinden. Es fehlt an modernen Kommunikationsmitteln und Luftüberwachung. Zwar springen die EU und die USA jetzt als Geldgeber unterstützend ein, aber eine wirksame Überwachung der Drogengrenze ist auf absehbare Zeit nicht zu erwarten.

Nach dem weitgehenden Rückzug aus der kritischen Grenzregion konzentriert sich die Russische Föderation in Tadschikistan jetzt langfristig auf strategische Positionen. Die bereits zu Zeiten der Sowjetunion in Tadschikistan stationierte, traditionsreiche 201. Mot-Schützendivision wird zwar vereinbarungsgemäß in ihrer Gesamtstärke verringert, bleibt aber mit über 5.000 Mann als 201. Militärbasis im Land. Nach dem Marinestützpunkt Sewastopol ist sie der bedeutendste russische Standort außerhalb der Russischen Föderation.

Das Stationierungsabkommen sieht eine Verweildauer von 49 Jahren vor. Auch eine bereits von der Sowjetunion errichtete, aber erst seit 2002 einsatzfähige Weltraumbeobachtungsstation oberhalb des Nurek-Stausees kann während dieses langen Zeitraums von der Russischen Föderation genutzt werden.

### **Gezielte Investitionen**

Auch im Wirtschaftsbereich brachte Putins Tadschikistan-Besuch im Oktober 2004 wichtige Ergebnisse: Russland sagte Investitionen in Höhe von 1,5 bis 2 Mrd. US-Dollar zu. Sie konzentrieren sich auf die strategischen Bereiche der tadschikischen Wirtschaft - Hydroenergie und Alumi-

niumproduktion. Durch die überraschende Zusage von 270 Mio. US-Dollar sicherte sich Moskau 75 % der Anteile an der neugegründeten Aktiengesellschaft zum Bau des Wasserkraftwerkes Sangtudeh I. Investor sind die Staatlichen Vereinigten Energiesysteme der Russischen Föderation, die damit den Iran auf das wesentlich kleinere Kraftwerk Sangtudeh II und eine nachgeordnete Rolle verweisen.

Russlands staatlicher Aluminiumkonzern Rusal verpflichtete sich, 750 Mio. US-Dollar in den Bau des 3.000 MW Wasserkraftwerkes Roghun zu investieren. Die deutsche Firma Lahmeyer hatte dazu eine positive Machbarkeitsstudie vorgelegt, weitere Investoren müssen jedoch noch gewonnen werden. Rusal plant ferner Großinvestitionen zur Modernisierung der bestehenden Aluminiumschmelze in Tursunzade sowie den Bau eines weiteren Aluminiumwerkes, das Energie aus Roghun beziehen soll. Doch das ist Zukunftsmusik.

Neben russischen Investitionen erweist sich der russische Arbeitsmarkt als strategisch wichtiges Bindeglied zwischen Tadschikistan und der Russischen Föderation. Bis zu 800.000 Tadschiken, manche Schätzungen sprechen sogar von einer Million Menschen, verdingen sich jährlich als Wanderarbeiter auf russischen Baustellen und sibirischen Erdgas-/Erdölfeldern. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 6,7 Millionen Menschen tragen ihre Überweisungen entscheidend zum tadschikischen Nationaleinkommen bei. Positive Regelungen der aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Bestimmungen durch Moskau liegen im vitalen Interesse Tadschikistans. Der Abschluss eines entsprechenden bilateralen Abkommens wird für die erste Hälfte des Jahres 2006 erwartet.

### **Kulturelle Präsenz**

Die letzte Volkszählung der Sowjetunion wies im Jahre 1989 in Tadschikistan noch 388 000 Russen aus, die sich auf die urbanen Zentren und vor allem die Hauptstadt Duschanbe konzentrierten. Nach jüngsten Schätzungen le-

ben heute noch zwischen 100 000 und 135 000 Russen im Land. Der kulturelle Einfluss Russlands wirkt trotz des Exodus der europäischen Bevölkerung nach, doch schwinden die russischen Sprachkenntnisse der tadschikischen Jugend rasch.

Herzstück der russischen Kulturarbeit in Duschanbe ist deshalb die 1996 gegründete "Russisch-Tadschikische (Slawische) Universität". Mit rund 2.300 Studenten ist sie die beste Hochschule des Landes, deren Haushalt überwiegend von der Russischen Föderation finanziert wird. Auch in Chodschand, der zweitgrößten Stadt des Landes, wird eine Hochschule von der Russischen Föderation finanziell gefördert. Kein Zweifel: Moskau versucht, durch gezielte Elitenarbeit kulturpolitisches Terrain zu sichern, nachdem aufgrund der rasanten demographischen Entwicklung des Landes und der Unterfinanzierung des tadschikischen Bildungssystems eine kulturpolitische Breitenarbeit keine greifbaren Erfolge mehr verspricht.

### **Persönliche Kontakte**

Den Kontakt zum tadschikischen Präsidenten Rachmonow pflegt Putin persönlich. Seinem Besuch in Duschanbe im Oktober 2004 war Anfang Juni in Sotschi ein erstes mehrstündiges Gespräch vorausgegangen. Seitdem können die persönlichen Beziehungen der beiden Präsidenten als eng, vertrauensvoll, ja sogar als freundschaftlich bezeichnet werden. Rachmonow gehörte im Oktober 2005 neben dem kasachischen Präsidenten Nazarbajew und wenigen anderen Auserwählten zur exklusiven Gästeschar bei Präsident Putins privater Geburtstagsfeier im Konstantinspalast bei St. Petersburg.

Einen wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Politik Moskaus hatte der langjährige russische Botschafter in Duschanbe, Maxim Peschkow, ein ausgewiesener Zentralasienkenner und in den 80er Jahren Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft in Kabul. Seit Juni 2005 spielt er im Aussenministerium in Moskau eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung der

russischen Zentralasienpolitik. Peschkow ist ein Enkel des bedeutenden sowjetischen Schriftstellers Maxim Gorki, der wiederum ein Freund des ersten Präsidenten der tadschikischen Sowjetrepublik, Sadriddin Aini, war. Noch heute erinnert in Duschanbe an prominenter Stelle ein Denkmal an die beiden Dichter

Peschkows Nachfolger in Duschanbe, Botschafter Ramasan Abdulatipow, soll die bilateralen Beziehungen weiter mit politischem Leben erfüllen. Er bringt dafür wichtige Voraussetzungen mit. Abdulatipow, ein Aware aus Dagestan, ist seiner Herkunft nach dem islamischen Kulturkreis verbunden. Er hatte bereits im ZK der früheren KPdSU zur Nationalitätenfrage gearbeitet und gilt damit den Vertretern des inneren Machtzirkels in Duschanbe, die über einen ähnlichen Hintergrund verfügen, als verständiger Gesprächspartner. Dass er vor seiner Entsendung nach Duschanbe zu einem längeren Einweisungsgespräch von Präsident Putin empfangen wurde, stärkt seine Position und sein Ansehen bei den tadschikischen Gesprächspartnern.

### **Regional- und Entwicklungspolitik**

Zur multilateralen Flankierung seiner bilateralen Zentralasienpolitik setzt Moskau zunehmend auf eine in Europa noch viel zu wenig beachtete Regionalorganisation, in der die Russische Föderation über maßgeblichen Einfluss verfügt. Auch die tadschikische Führung misst der *Schanghai Cooperation Organisation* zunehmende Bedeutung bei. Sie gilt als Bestätigung enger sicherheitspolitischer Partnerschaft mit der Russischen Föderation und als Forum nützlicher ökonomischer Kooperation mit der Volkrepublik China. Deren Zentralasienpolitik beschränkt sich in Tadschikistan gegenwärtig auf die Durchdringung des Marktes mit billigen Konsumgütern.

Der Blick auf die Regional- und Entwicklungspolitik veranlasst allerdings zu einer kritischen Frage: Wo fehlt Moskau in Tadschikistan? Die Antwort lautet: Bei den

multilateralen Gebertreffen! Die Rolle des entwicklungspolitischen Geldgebers überlässt Moskau der internationalen Gemeinschaft, allen voran den USA, Japan und der EU. Die Russische Föderation bietet Tadschikistan keine entwicklungspolitischen Transferleistungen mehr, sondern sieht sich als Sicherheitsgaranten der politischen Führung und entscheidenden Investor, der sich die Kontrolle über die strategischen Schlüsselbereiche der tadschikischen Wirtschaft, Hydroenergie und Aluminiumproduktion, gesichert hat.

### **Rückblende und Ausblick**

Am 11. September 1997 endete der tadschikische Bürgerkrieg mit der Rückkehr führender Oppositionspolitiker nach Duschanbe. Nur 4 Tage später landeten 500 US-Fallschirmjäger bei Chimkent nahe der kasachisch-usbekischen Grenze. Sie waren non-stop von Ft. Bragg in den USA nach Zentralasien geflogen. General John Sheehan, Commander in Chief US Atlantic Command, landete demonstrativ als erster auf zentralasiatischem Boden.

Eine Wiederholung dieser Operation ist gegenwärtig nicht vorstellbar. Dennoch bauen die USA am Westrand Duschanbes eine große Botschaft - noch eindrucksvoller als die unter Peschkow gebaute und beim Putin-Besuch 2004 eingeweihte russische Vertretung. Und eine von den USA finanzierte Brücke nach Süden über den Pjandsch soll durch Afghanistan und Pakistan einen "Corridor of Freedom" hin zu den warmen Gewässern des Indischen Ozeans öffnen. Moskaus intensivierte Zentralasienpolitik erweist sich vor diesem Hintergrund auch als Reaktion auf eine zielstrebige US-Strategie, die im 21. Jahrhundert in Mackinders zentralasiatischem "Heartland" keine exklusive russische Vormachtstellung mehr dulden will.

Der Doppeladler am Oxus ist deshalb ein politisches Zeichen: Moskau bleibt bemüht, in zeitgemäßen Formen die traditionsreiche russische Politik in Zentralasien fortzuführen. Aber anders als im späten 19. Jahrhundert be-

findet sich Moskau heute in der strategische Defensive. Es gilt, in Zentralasien, der einzigen Moskau verbliebenen geopolitischen Interessensphäre, überkommene Positionen zu behaupten und zu sichern.

Wer die heutige Situation mit der Lage vor 10 Jahren vergleicht, wird Moskau Erfolge nicht absprechen können. Nicht zuletzt mit Blick auf die russische Zentralasienpolitik wird deutlich, wie sehr Clausewitz' klassische Lehre von Angriff und Verteidigung - vermittelt durch die Rezeption seines Meisterschülers Alexander Swetschin - heute das strategische Denken und Handeln Moskaus bestimmt: "Erhalten ist leichter als gewinnen, schon daraus folgt, dass die Verteidigung bei vorausgesetzten gleichen Mitteln leichter sei als der Angriff". Die verteidigende Form der Strategie bleibt zumindest am Oxus "ein Schild, gebildet durch geschickte Streiche."

*atlanticus*

## **IMPRESSUM**

### **Denkwürdigkeiten**

Journal der  
Politisch-Militärischen  
Gesellschaft e.V.

**Herausgeber**  
Der Vorstand der **pmg**

**Redaktion**  
Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)  
Tel.: 0173-5497942  
E-Mail: info@pmg-ev.com  
Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen mehrfach jährlich nach den Veranstaltungen der **pmg**.

